



## **Bezirksverband Münsterland**

**Bezirksagrararusschuss**

**Vorsitzende:**

**Christina Schulze Föcking MdL**

**Geschäftsstelle**

Bahnhofstraße 10

48431 Rheine

Tel. 05971-50044

Fax 05971-12248

Die konkreten Auswirkungen des Regierungswechsels werden jetzt, nach knapp einem Vierteljahr, in vielen politischen Feldern deutlich.

Auch der Bereich Landwirtschaft ist davon betroffen. In diesem Bereich findet jedoch nicht bloß ein Zurückdrehen wichtiger politischer Entscheidungen und ein Rückfall auf den Stand des Jahres 2005 statt. Vielmehr bereitet die rot-grüne Landesregierung unter Landwirtschaftsminister Johannes Remmel einen Paradigmenwechsel vor, der die ideologisch motivierte und landwirtschaftsfeindliche Politik der Ära Höhn sogar noch übertrifft.

So spricht der Minister in seinen Anfang Oktober vorgestellten Leitlinien davon, NRW zum Vorreiter einer ökologisch-industriellen Revolution zu machen und die Landwirtschaft in NRW konsequent ökologisch umzuorientieren. Politikziel ist es, einen ökologischen Wirtschaftsboom auszulösen und ambitionierte Umweltstandards zu setzen.

Die Landesregierung blendet dabei jedoch aus, dass auch die Landwirtschaft NRW, wie jeder Wirtschaftszweig, in den internationalen Markt eingebettet ist und jeder regulierende und von Standards abweichende dirigistische Eingriff in den NRW-Markt, Auswirkungen auf die Konkurrenzfähigkeit der heimischen Landwirtschaft hat.

Die Globalisierung und notwendige Strukturanpassungen sind von den Landwirten im Land als Herausforderungen erkannt. Die Landwirte stellen sich diesen Erfordernissen offensiv und

nutzen moderne, umweltfreundliche und ressourcenschonende Erzeugungsverfahren, um als Wettbewerber auf dem Markt bestehen zu können.

Aufgabe der Politik ist es, dafür Sorge zu tragen, dass die Agrarwirtschaft auch zukünftig auf regionalen und internationalen Märkten bestehen kann.

Unser Ziel muss jedoch nicht nur die Schaffung von Wettbewerbsfähigkeit sein, die keine Produktionsform benachteiligt, sondern aus unserem christlichen Selbstverständnis heraus, ist die Aufgabe der Nachhaltigkeit und Umweltfreundlichkeit gleichrangig zu sehen.

Der Ländliche Raum mit rund 53.000 Arbeitsplätzen im vor- und nachgelagerten Bereich allein im Münsterland ist auf eine starke Landwirtschaft angewiesen. Damit verbunden ist ebenfalls eine Wirtschaftskraft von 6,7 Mrd. Euro.

Daher lehnen wir Eingriffe in die Landwirtschaftspolitik von NRW immer dann ab, wenn sie den Konsens verlassen und NRW einen Sonderweg beschreitet.

Die Landwirtschaft hat stets bewiesen, dass sie willens und in der Lage ist, sich fortzuentwickeln. Wir verschließen uns nicht von vorneherein Veränderungen in der Landwirtschaftspolitik und bei Produktionsweisen. Wichtig ist jedoch, dass solche Veränderungen nicht „von oben“ ohne jede Rückkoppelung mit der Basis erfolgen, sondern stets das Gespräch und der Konsens gesucht wird. Akzeptanz wird nur dann geschaffen, wenn in einem breiten Dialog über anstehende Änderungen gesprochen und ein für alle tragfähiger Kompromiss gefunden wurde.

So verschließen wir uns beispielsweise nicht von vorneherein Veränderungen in der Tierhaltung. Wir fordern, dass in Zusammenarbeit von Tierärzten, Wissenschaftlern und Landwirten eine europäische Lösung entwickelt wird, um ein für alle Haltungsformen tierschutz- und praxisgerechtes Verfahren zu entwickeln. Zu diesem Zweck sollten die Wissenschaft und die Lehr- und Versuchsanstalten diese Problematik in praxisnahen Versuchen weiter erforschen.

Alleingänge des Landes und eine einseitige Verschärfung der Richtlinien in NRW lehnen wir hingegen ab.

Wir erwarten, dass sich der Landwirtschaftsminister sachlich und zusammen mit den Beteiligten Strategien erarbeitet, die den Belangen aller gerecht werden.

Die einseitige Ausrichtung der Landesregierung führt bereits wenige Monate nach Amtsantritt zu heftigen Protesten anderer Agrarminister. So rüffelte nach der jüngsten Agrarministerkonferenz der Landwirtschaftsminister von Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Till Backhaus (SPD) Minister Remmel und wirft diesem ein „rein ideologisches Ausscheren“ vor. Der Ministerkollege Jürgen Reinholz (CDU) aus Thüringen spricht von einer „rot-grünen Blockadehaltung, die den Landwirten in Deutschland schade“

Wir fordern deshalb die Landesregierung auf, eine Landwirtschaftspolitik zu machen, die alle Betroffenen mitnimmt und die einzelnen Zweige nicht gegeneinander ausspielt.

Ziel der Politik muss es sein, Wettbewerbsnachteile für die heimische Landwirtschaft abzubauen und keine zusätzlichen Hindernisse aufzubauen.

Wir treten ein für eine Kultur der Anerkennung: Landwirte unter Generalverdacht zu stellen, ihnen die Kompetenz zu nachhaltiger Nahrungsmittelerzeugung pauschal abzusprechen und wichtige kulturelle und landschaftspflegerische Leistungen nicht anzuerkennen ist keine Basis für eine vertrauensvolle Politik des Miteinanders.